



Wirtschaftskrise in Bayern: Stellenabbau und hohe Arbeitslosigkeit drohen!

Bamberg, 5. Januar 2025: Die vbw warnt vor einer anhaltenden Krise auf dem Arbeitsmarkt und fordert dringend Reformen.

Bamberg, Deutschland -

Am 5. Januar 2025 zeigen aktuelle Berichte einen besorgniserregenden Trend auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland. Die Arbeitslosenquote liegt um 0,4 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert, und die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw) sieht zum Jahresende keine Verbesserung auf diesem Bereich.

Die Nachfrage nach Fachkräften bleibt aufgrund eines anhaltenden Abwärtstrends besorgniserregend. Aktuell sind etwa 119.800 Arbeitsstellen gemeldet, was einen Rückgang von 2,6 Prozent im Vergleich zum Vormonat bedeutet. Im Vorjahresvergleich beträgt der Rückgang sogar 14,6 Prozent. Darüber hinaus steigen die Anzeigen zur Kurzarbeit weiter an. Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der vbw, beschreibt die Situation als massive Konjunktur- und Strukturkrise.

Wirtschaftliche Herausforderungen und Prognosen

Der Stellenaufbau erlahmt, insbesondere in der Industrie und im Baugewerbe. Besorgniserregend ist, dass 41 Prozent der Unternehmen in der bayerischen Metall- und Elektro-Industrie

planen, Stellen abzubauen. Für 2025 wird ein Rückgang der Beschäftigtenzahlen in der M+E-Industrie auf 841.000 prognostiziert, was einen Verlust von weiteren 20.000 Arbeitsplätzen bedeutet. Die vbw erwartet keine Impulse von der scheidenden Bundesregierung für das Jahr 2025.

Ein umfassender Bedarf an Reformen wird nach der bevorstehenden Bundestagswahl im Februar gefordert. Unternehmen benötigen dringend Entlastungen von Bürokratie sowie von hohen Kosten für Energie, Steuern und Sozialabgaben. Für das Jahr 2025 wird in Bayern ein Nullwachstum prognostiziert, nachdem ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,4 Prozent für 2024 erwartet wird.

Wolfram Hatz, Präsident der vbw, äußert sich zur Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland und fordert eine nachhaltige und sofortige Wende in der Wirtschaftspolitik. Es wird eine Verbesserung der Standortbedingungen und eine Reduktion der Bürokratie gefordert. Zudem gibt es Sorgen über geopolitische Herausforderungen und Handelshemmnisse und die vbw fordert einen Restart für den Standort Deutschland, um die aktuellen Struktur- und Konjunkturkrisen zu überwinden.

Parallel dazu verdeutlicht ein Bericht der Bundesagentur für Arbeit, dass die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2024 auf 2.787.000 gestiegen ist, was einem Anstieg von 178.000 im Vergleich zu 2023 entspricht. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote für 2024 liegt bei 6,0 Prozent, ein Anstieg um 0,3 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit wird auf die schwache Wirtschaftsentwicklung und die rückläufige Nachfrage nach Arbeitskräften zurückgeführt.

Die Unterbeschäftigung stieg ebenfalls, und die Inanspruchnahme von Kurzarbeit blieb auf einem erhöhten Niveau, mit durchschnittlich 320.000 Kurzarbeitern im Jahr 2024. Dies sichere rechnerisch Arbeitsplätze für rund 90.000

Beschäftigte. Während die Erwerbstätigkeit insgesamt um 72.000 auf 46,08 Millionen anstieg, sank die Nachfrage nach Arbeitskräften auf durchschnittlich 694.000 gemeldete Arbeitsstellen, was einen Rückgang von 67.000 gegenüber 2023 bedeutet.

Für weitere Informationen zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und Fragen zur Arbeitslosigkeit können die detaillierten Berichte von **webecho-bamberg.de** und der **Bundesagentur für Arbeit** konsultiert werden.

- Übermittelt durch **West-Ost-Medien**

Details	
Vorfall	Arbeitsmarkt
Ort	Bamberg, Deutschland
Quellen	• nag-news.de • webecho-bamberg.de • www.arbeitsagentur.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at